

Antrag 334/I/2025**KDV Tempelhof-Schöneberg****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Überweisen an: Annahme, Streichung BPT, Überweisung Landesgruppe (Konsens)****Besser über Sozialleistungen informieren**

1 Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert, sich dafür
2 einzusetzen, dass alle Neubezieherinnen und -bezieher
3 von Rentenleistungen über die Anspruchsvoraussetzun-
4 gen zum Bezug von Wohngeld und Grundsicherung im Al-
5 ter informiert werden.

6
7 Hierzu gehören insbesondere die Information über die
8 Einkommensvoraussetzungen, die ggf. in Anspruch zu
9 nehmenden Unterhaltsverpflichteten und der Einsatz ei-
10 genen Vermögens oder Grundbesitzes.

11
12 Die Information soll gleichzeitig mit dem Rentenbescheid,
13 in einem gesonderten Schreiben, erfolgen und in einfa-
14 cher Sprache verfasst sein.

15

16 Begründung

17 Im Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes
18 vom März 2024 wird von 18,1% Rentnerinnen und Rent-
19 nern die in Armut leben gesprochen. Besonders auffällig
20 ist hierbei, dass die Quote bei Männern bei 15,1 und bei
21 Frauen bei 19,4 liegt. Gleichzeitig ist bemerkenswert, dass
22 Studienergebnisse nahe liegen, dass ca. 63% der Berech-
23 tigten bewusst Leistungen nicht in Anspruch nehmen (ISG
24 vom 29.01.2024).

25

26 Die AG60plus ist überzeugt, dass durch direkte Ansprache
27 und Information die drei Hauptgründe für die Nichtin-
28 spruchnahme, nämlich Komplexität des Antragsprozes-
29 ses, geringes Anrechtsempfinden und Schamgefühl über-
30 wunden werden könnten.

31

32 Im zweiten Symposium zum siebten Armuts- und Reich-
33 tumsbericht der Bundesregierung am 09.02.2024 wurde
34 durch das RWI-Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung
35 ausgeführt, dass in vielen Ländern versucht wird durch
36 zahlreiche Maßnahmen die Nichtinanspruchnahme von
37 Mindestsicherungsleistungen zu reduzieren. „Erste Er-
38 gebnisse deuten darauf hin, dass die Komplexität des
39 Antragsprozesses einerseits sowie ein geringes Anrechts-
40 empfinden andererseits Hauptgründe für die Nichtin-
41 spruchnahme seien.“ Neben einigen anderen Maßnah-
42 men werden „Informationsinterventionen“ und „proakti-
43 ve Ansprache“ empfohlen.

44

45 Genau diese proaktive Ansprache kann mit einem ent-
46 sprechenden separaten Schreiben zum Rentenbescheid
47 zumindest begonnen werden.